



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Ausbildungsniveau für die Finanzverwaltung erhalten  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 06 05 wird der Ansatz im Tit. 422 21 (Anwärterbezüge) um 5.760,0 Tsd. Euro auf 56.168,5 Tsd. Euro erhöht.

Im Stellenplan wird die Zahl der Stellen in der BesGr. A 9 (Steuerinspektoranwärterinnen, Steuerinspektoranwärter) um 320 erhöht.

### **Begründung:**

Es ist zu begrüßen, dass die Zahl der Planstellen in der Finanzverwaltung um 268 steigen soll. Dieser Anstieg wird aber durch den Abbau von Stellen im Vorbereitungsdienst und bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr als ausgeglichen. Die Gesamtzahl der Stellen in der Finanzverwaltung soll nach dem Entwurf der Staatsregierung also sinken. Angesichts der Aufgabenmehrungen und der ohnehin angespannten Personalsituation in der Finanzverwaltung sollte die Stellenzahl aber auf keinen Fall sinken. Deshalb sollte der geplante Rückgang über den Vorbereitungsdienst zumindest wieder ausgeglichen werden.